

## Golkar unterstützt Präsidentin

Die Golkar Partei verkündete am 15.8.2004, dass sie die amtierende Präsidentin Megawati Sukarnoputri und Hasyim Muzadi bei den Stichwahlen um Präsidentschaft und Vizepräsidentschaft am 20. September unterstützen werde. Vor der offiziellen Bekanntmachung hatte sich Akbar Tandjung, der Vorsitzende der Golkar, mehrmals mit Megawati getroffen und seine Präferenz für sie zum Ausdruck gebracht. Slamet Effendy Yusuf, der Vizevorsitzende der Golkar, glaubte, das Kandidatenpaar Megawati und Hasyim habe das Koalitionsangebot gut aufgenommen. Er fügte hinzu, alle Mitglieder der Golkar seien verpflichtet, diese Entscheidung anzuerkennen, und er forderte auch die regionalen Zweigstellen dazu auf, den Appell an die Anhänger der Partei weiter zu leiten.

Golkar ist die zweite größere Partei, die sich hinter Megawati und Hasyim Muzadi, den nicht mehr amtierenden Vorsitzenden der größten muslimischen Organisation Nahdlatul Ulama (NU), stellt. Als erste hatte sich die muslimisch orientierte Vereinigte Entwicklungspartei (PPP) für eine Unterstützung des Kandidatenpaares ausgesprochen. Es ist zu erwarten, dass sich eine weitere muslimische Partei, die Partei Nationalen Erwachens (PAN), der Entscheidung der Golkar und der PPP anschließen wird.

Megawati und Hasyim werden in der Stichwahl gegen den Ex-General Susilo Bambang Yudhoyono und den ehemaligen Wirtschaftsminister Jusuf Kalla antreten. Das erstgenannte Kandidatenpaar erzielte bei den Präsidentschaftswahlen vom 5. Juli weniger Stimmen als das zweit-

genannte Duo, kann aber darauf hoffen, dass die Unterstützung der großen Parteien ihm vielleicht doch noch den erwünschten Sieg bringt. Der strittige Kandidat Wiranto, der beschuldigt wird, Menschenrechtsvergehen in Osttimor begangen zu haben, erzielte schon im ersten Wahlgang nicht genügend Stimmen, so dass sein Rennen um die Präsidentschaft vorzeitig beendet wurde. Laut Angaben der Golkar hatten 24 Provinzen ihre Unterstützung für Megawati zum Ausdruck gebracht, während Papua und Südsulawesi sich für Susilo aussprachen, und der Rest sich der Stimme enthielt. Die Golkar Partei sieht die Koalition mit der PDI-P als ein Sprungbrett, das ihr ermöglicht, die Präsidentschaftswahlen im Jahre 2009 zu gewinnen. Politische Beobachter bezweifeln jedoch, dass

# nachrichten

eine Koalition der großen Parteien die Anhänger dazu bringen wird, dem Appell Folge zu leisten. Insgesamt drei Meinungsumfragen seit dem 5. Juli sehen Susilo und Kalla mit einigem Vorsprung vor Megawati und Hasyim Muzadi.

vgl. *Kompas*, 17.8.04, *The Jakarta Post*, 17.8.04.

## Soziale Integration gewünscht

Präsidentin Megawati Sukarnoputri forderte chinesischstämmige Indonesier auf, sich nicht mehr über Diskriminierung zu beschweren, sondern sich stattdessen gegenüber anderen ethnischen Gruppen im Land zu öffnen. In einer Rede vor etwa 100 Intellektuellen sagte die Präsidentin, im Zuge der Bemühungen der Regierung, diskriminierende Regelungen abzuschaffen, müssten auch die chinesischstämmigen Indonesier mehr Anstrengungen unternehmen, Austausch mit anderen ethnischen Gruppen zu pflegen. »Sie müssen sich immer die andere Seite der Medaille anschauen. Es gab Zeiten, in denen Sie ökonomische Privilegien auf Kosten Anderer eingeräumt bekamen oder in denen sie sich von der größeren Gemeinschaft separierten«, so Megawati. Sie sagte, als Teil der Nation müssten chinesischstämmige Indonesier ihre Bereitschaft zeigen, mit Menschen aus anderen ethnischen Gruppen freundschaftlich umzugehen. Megawati war der Auffassung, beide Seiten müssten einander akzeptieren,

damit die Diskriminierung ein Ende finde.

Die Beziehungen zwischen chinesischstämmigen Indonesiern und anderen Gruppen waren stets ein Thema in Indonesien, speziell nach Jahrzehnten der autoritären Herrschaft unter Ex-Präsident Suharto. Während der Amtszeit Suhartos war es der chinesischen Minderheit nicht gestattet, politischen Parteien beizutreten. Erst nach dem Sturz Suhartos im Jahre 1998 wagten es einige Chinesen, in die Politik zu gehen und für das Ende diskriminierender Gesetze zu kämpfen. Mitglieder der chinesischen Minderheit hatten gegenüber Megawati ihre Zustimmung darüber geäußert, dass die Regierung Bestrebungen unternimmt, das Zertifikat der indonesischen Staatsbürgerschaft (SBKRI) aufzuheben, das immer noch von chinesischstämmigen Indonesiern verlangt wird, wenn es um das Ausstellen offizieller Dokumente wie dem Reisepass geht.

vgl. *Kompas*, 14.8.04, *The Jakarta Post*, 14.8.04

## Universität erhöht Gebühren

Die staatliche Universität Indonesien (UI) hält ungeachtet der studentischen Proteste an ihrem Plan fest, die Zulassungsgebühren zu erhöhen. Die Universität begründete ihre Entscheidung mit der Aussage, sie sei eine autonome Institution, die als solche auf Wettbewerbsfähigkeit angewiesen sei. Muhammad Anis, Direktor für akademische Angelegenheiten, erklärte, die jährliche Unterstützung der Regierung sei nicht mehr ausreichend, um die Kosten für die Erhaltung der Gebäude, die Infrastruktur und die Bezahlung der Angestellten zu tragen. Gemäß Artikel 24 des Gesetzes Nr. 20/2003 zum nationalen Bildungssystem ist es den Universitäten gestattet, öffentliche Gelder zu sammeln und sich selbst zu verwalten.

Seit Beginn dieses Jahres (2004) müssen neue Studierende an der Universität Indonesien Zulassungsgebühren bezahlen, die zwischen 562 US\$ und 2.810 US\$ liegen. Zusätzlich sind diejenigen, die Naturwissenschaften oder Sozialwissenschaften studieren wollen, verpflichtet, eine Gebühr von umgerechnet etwa 140 US\$ bezie-

hungsweise 130 US\$ zu bezahlen. Studierenden kann die Gebühr erlassen werden, wenn sie nachweisen können, dass sie aus armen Verhältnissen kommen. Nachdem sie die Gehaltszettel der Eltern nachgewiesen und die Stromrechnungen der letzten drei Monate vorgelegt haben, wird ihr Gesuch auf Erlassung der Gebühren geprüft.

Anis kommentiert die studentischen Proteste folgendermaßen: »Wir verstehen die Studenten, aber wir haben keine Wahl. Wir müssen auf dem Lauf der Zeit bleiben, wenn wir mit anderen Universitäten konkurrieren wollen«. Er bezog sich hierbei auf die hohen Kosten durch die Anschaffung von Computern und anderer Ausstattung. Studiengebühren sind in Indonesien der Regelfall. Nur wenige Universitäten wie das Institut für Agrarwissenschaft Bogor (IPB) können es sich leisten, sich auf Zulassungsgebühren zu beschränken, da sie höhere Subventionen von der Regierung erhalten. An privaten Universitäten werden teilweise doppelt so hohe Gebühren erhoben wie an staatlichen Universitäten.

vgl. *The Jakarta Post*, 17.8.04

# nachrichten

## Verfassungsgericht

Am 13.8.2004 feierte das indonesische Verfassungsgericht seinen ersten Geburtstag. Jimly Asshidiqie, Präsident des Verfassungsgerichts, sagte, insgesamt seien in dem letzten Jahr 274 Fälle verhandelt worden, welche die Verfassung von 1945 betreffen. »Diese Erfolgsserie kann hoffentlich ein Teil des Legats werden, damit in Zukunft eine konstitutionelle Demokratie gewährleistet ist«. Zentrale Entscheidungen, die von dem Gericht getroffen wurden, beinhalten eine Regelung zum Gesetz No. 16/2003 hinsichtlich der rückwirkenden Anwendung des Gesetzes No. 15/2003 zum Terrorismus und die Aufhebung der Ausgrenzung der Mitglieder der verbotenen Indonesischen Kommunistischen Partei (PKI). Der vielleicht bemerkenswerteste Rechtsstreit war eine Klage, die von dem mittlerweile ausgeschiedenen Präsidentschaftskandidaten Wiranto und seinem Vizepräsidentschaftskandidaten Solahuddin Wahid eingereicht wurde. Das Gericht entkräftete die Behauptung der beiden Männer, dass 5,4 Millionen ihrer Wahlzettel bei den Wahlen vom 5. Juli verloren gegangen seien.

Das Verfassungsgericht war im 2003 eingerichtet worden, um Gerichtsbeschlüsse zu prüfen und Streitfragen hinsichtlich der Wahlen und Kontroversen zwischen staatlichen Agenturen zu klären. Des Weiteren ist es Aufgabe des Verfassungsgerichts, zu entscheiden, ob der Präsident in verschiedenen Fällen die Verfassung verletzt hat. Es ist das erste Mal, dass Indonesien eine separate Institution etabliert hat, die sich mit konstitutionellen Angelegenheiten befasst.

vgl. *The Jakarta Post*, 14.8.04

Obwohl sich die indonesische Wirtschaft langsam erholt, ist die Arbeitslosigkeit immer noch erschreckend hoch. Ein Grund dafür, dass die makroökonomische Stabilität noch nicht hergestellt werden konnte, liegt im Misserfolg der Regierung, für Investitionen im Land zu sorgen. Somit war es bisher noch nicht möglich, das Pro-Kopf-Einkommen und das Brutto-sozialprodukt zu erhöhen. In der Vergangenheit stellte die Regierung das Kapital, das für Investitionen in Indonesien notwendig war, über staatliche Unternehmen und Banken zur Verfügung. Es herrschte ein generelles Misstrauen vor privatem Kapital. Heute hat die Regierung jedoch nicht mehr die Mittel, geschweige denn die Fähigkeit, die ökonomische Entwicklung maßgeblich zu beeinflussen. Aufgrund der Tatsache, dass die Regierung weiterhin darauf beharrt, ihre

Trotz des nachhaltig negativen Effekts der ökonomischen Krise ist die indonesische Agrarindustrie in den letzten vier Jahren schneller expandiert als in den Jahren vor 1997, in denen ein regelrechter Wirtschaftsboom herrschte. In den Jahren von 1993 bis 1997 wuchs der Agrarsektor, der tierische und pflanzliche Produkte umfasst, um jährlich 1,57 Prozent, während er von 2000 bis 2003 einen Zuwachs von 1,83 Prozent verzeichnete. Der Agrarsektor ist als einer der wenigen Wirtschaftszweige der Falle der niedrigen Wachstumsspirale entgangen, die in den Jahren 1998 und 1999 herrschte. Bemerkenswert ist auch, dass Indonesien seinen Bedarf an Reis dieses Jahr, 2004, zum ersten Mal seit 1984 selbst decken kann und vielleicht künftig sogar wieder

## Investitionen noch zu niedrig

Rolle als Hauptversorger weiterhin zu spielen, gibt es immer noch wenig Investitionsbereitschaft in Indonesien. Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass ausländische Direktinvestitionen in den ersten sechs Monaten des Jahres 2004 zurückgegangen sind. Zudem finden in den letzten Jahren immer weniger Ölbohrungen statt, und auch Gas wird weniger gefördert als zuvor. Die Suche nach neuen Minen ist erlahmt, und zudem entspricht der Zugang zu Telekommunikation nicht den Anforderungen, die Wirtschaft und Öffentlichkeit stellen.

Aus der Sicht der Investoren sind gravierende Faktoren, welche die Bereitschaft der Unternehmer verhindern, in Indonesien zu investieren, mangelnde Transparenz, die nicht hinreichend funktionierende Korruptionskontrolle. Zudem empfinden viele Firmen die Rechtsunsicherheit

und die allgemeine Ineffizienz der Regierung, die Koordination zwischen den Ministerien sowie zwischen der nationalen und den regionalen Regierungen zu gewährleisten, als zu hohes Risiko. Aufgrund dieser Unsicherheitsfaktoren wird der Kapitalzufluss nach Indonesien behindert. Unter den wichtigsten Schritten, die unternommen werden müssten, um Investoren anlocken zu können, wären neben der Sicherstellung einer größeren Rechtssicherheit für Unternehmer die erklärte Bereitschaft der Regierung, den privaten Sektor zu unterstützen.

vgl. *The Jakarta Post*, 17.8.04,  
*Tempo*, 17.8.04

## Agrarsektor erhöht Produktivität

in der Lage sein wird, Reis zu exportieren. Bisher befand sich Indonesien weltweit unter den größten Reimporteuren.

Das Wachstum des Agrarsektors, speziell des Subsektors der Grundnahrungsmittel, hat laut Agrarminister Bungaran Saragih einen positiven Effekt auf die arme Bevölkerung: Seit dem Jahre 2002 seien in ländlichen Gegenden nur noch 21,1 Prozent der Menschen akut von Armut betroffen, während es noch fünf Jahre zuvor 26 Prozent waren. In städtischen Bereichen sei die Armutsrate im selben Zeitraum von 23 Prozent auf 14,5 Prozent gefallen. Saragih hat einen Plan vorgeschlagen, der das Wachstum im Agrarsektor erhalten und noch weiter steigern soll. Der Minister will unter anderem die Infrastruktur insbesondere in den Bereichen der Bewässe-

rung, des Transports und der Stromversorgung in ländlichen Gebieten verbessern und die Bereiche Produktion und Investition umstrukturieren. Bayu Krisnamurthi, Direktor des Zentrums für Entwicklungsstudien am Institut für Agrarwissenschaft Bogor (ITB) gab jedoch zu bedenken, es sei noch zu früh, den Plan des Ministers als Erfolg zu bewerten, da das Bevölkerungswachstum immer noch stärker ansteige als die Produktion der Grundnahrungsmittel.

vgl. *Kompas*, 17.8.04, *The Jakarta Post*, 17.8.04